

„JUNGE FREIHEIT“: LEITMEDIUM DER RECHTSINTELLEKTUELLEN PROFITIERT VON DER FLÜCHTLINGSDEBATTE

Altes Denken im neuen Dress

VON GABY MAHLBERG

Die Redaktion der „Jungen Freiheit“ liegt im ersten Obergeschoss eines Altbau im westlichen Berliner Stadtteil Wilmersdorf. Gegenüber an der Ecke die Gaststätte „Zum Hax'nwirt“, nebenan eine Seniorenpension, die Nachbarn überwiegend Anwälte und Notare. Gutbürgerliches Milieu. Im Büro ist am Freitagmittag nicht mehr viel los. Die meisten Redakteure der rechten Wochenzeitung, die freitags erscheint, sind nach Hause gegangen. Chefredakteur Dieter Stein hat Zeit zu reden: über Medien am rechten Rand, ihre Rolle in der Flüchtlingskrise und seinen Eindruck, die „Junge Freiheit“ werde trotz wachsender Verkaufszahlen in falsche Ecken gestellt. „Sie können sehen, der Trend ist schon seit 2002 ansteigend“, sagt er. Mit dem kantigen Gesicht und dunklen Haaren, kariertem Hemd und blauen Sakko wirkt Stein ernst. Wenn es um seine Zeitung geht, lebt er auf.

Für manche – oft linke – Gegner ist Stein ein Wolf im Schafspelz. Einer, der mit seinem Blatt einem rückwärtsgewandten Denken vom starken Staat und dem Widerstand gegen eine „Gleichheitsutopie“ einen modernen Anstrich verleiht. Der Historiker Volker Weiß verweist auf die besondere Rolle der Zeitung: Die „Junge Freiheit“ agiere seit drei Jahrzehnten als ideologisches und organisatorisches „Mutterschiff“ des rechtsintellektuellen Milieus in Deutschland. Im Zuge des Aufstiegs populistischer Politiker in Europa und der Wahl Donald



Dieter Stein, der Chefredakteur der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ in seinem Büro in Berlin.

FOTO: GREGOR FISCHER

Trumps zum US-Präsidenten nähmen rechte Meinungen insgesamt mehr Raum ein, stellt er fest.

Die „Junge Freiheit“ erlebte einen außergewöhnlichen Auflagensprung 2015 mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen. Rund 16 Prozent legte Steins Blatt – kurz „JF“ – im vierten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorjahr zu. Während die Auflagen vieler Printmedien sinken, gewann die „JF“ auch 2016 hinzu. Sie kam zu Jahresende auf gut 28000 verkaufta Exemplare. Für Stein ist offensichtlich, was ihm den Zuwachs bescherte: „Das ganze Thema Asyl und Zuwanderung hat die Debatte beherrscht“, sagt der 49-Jährige. Im Zuge der unkontrollierten Einreise ab September 2015 sei die Zahl der Zugriffe auf die Internetseite der „JF“ sprunghaft in die Höhe geschossen. Er meint, etablierte Medien hätten sich zum Bestandteil einer angeblich unkritischen Willkommenskultur gemacht. Sein Blatt dagegen habe ohne „Filter“ berichtet. „Neutraler“, wie er findet.

Was Neutralität ist, darüber lässt sich streiten. Artikel zu Migranten, Kriminalität von ausländischen Tätern und zu Islamisten erhalten regelmäßig viel Raum. Nicht wenige Überschriften und Beiträge zum Thema Zuwanderung zeugen von Angst vor dem Fremden. „Fast 40 000 Straftaten in Asylunterkünften“, „Länder klagen über afrikanische Häftlinge“, „Arabische Mafia kaschiert bei Flüchtlingswohnungen ab“ – so einige Beispiele. Manches könnte auch wunderschön stehen, die Dichte macht es.

Martin Emmer, Kommunikationswissenschaftler an der Freien Universität Berlin, sieht ebenfalls Zusammenhänge zwischen dem politischen Geschehen und dem Leser-

zuwachs: Sicherlich hätten „Menschen mit entsprechenden Voreinstellungen“ in der Flüchtlingskrise „nach alternativen Interpretationen dieser Realität“ gesucht und die Deutungsmuster bei rechten Medien gefunden. Aber es sei falsch, den etablierten Medien pauschal Fehler in der Berichterstattung vorzuwerfen. Medien spiegelten auch einen gesellschaftlichen Konsens wider. Und „Minderheitenmeinungen, für die es wenige sachliche Argumente gibt, können nicht den gleichen Anspruch auf Aufmerksamkeit reklamieren“, sagt Emmer. Trotz Auflagenzuwachses bleibe die „JF“ ein „eher randständiges Medium“. In der Flüchtlingsdebatte sichtbarer geworden sind dennoch auch andere rechte Publikationen. Sie lie-

gen am Kiosk, werden vom Verlag verschickt oder sammeln Klicks im Netz. Dazu gehört das von Götz Kubitschek herausgegebene Theorie-Magazin „Sezession“ des Instituts für Staatspolitik in Schnellroda in Sachsen-Anhalt. Um Leser rechts der Mitte buhlt auch der Blog „Politically Incorrect“. Dieser wirbt auf seiner Internetseite mit einer Bikinifrau und ihrem Slogan „islamophob – aber sexy“. Außerdem tummelt sich auf diesem Markt etwa das Monatsmagazin „Compact“ mit Chefredakteur Jürgen Elsässer, das im Zusammenhang mit dem Berliner Weihnachtsmarkt-Anschlag 2016 mit „Merkels Tote, Jägers Tote“ titelte. Den Stil von „Compact“ hält Stein eher für „Propaganda“. Dagegen lobt sich die „JF“ selbst in einer Imagebro-

schüre, sie mache klassischen Journalismus mit Recherchen und Reportagen. 15 Redakteure – Stein eingeschlossen – sind im Netz mit Foto zu sehen. Darunter drei Frauen. Sie arbeiten verteilt auf mehrere Bürosäume, modern eingerichtet, aufgeräumt. Dazu kommen freie Autoren. Das Team folgt einem Leitbild: Es geht unter anderem darum, die „deutsche Identität“ und Deutschland als „selbstbewusste Nation“ wiederzubeleben. Man müsse fragen, was die Zuwanderung mit Deutschland macht, sagt Stein. Es gebe ein Problem mit der deutschen Identität. „Können wir uns positiv zu unserem eigenen Land bekennen? In was sollen sich Leute eigentlich integrieren?“ Die „Junge Freiheit“ gilt vielen als Teil einer in-

tellectuellen Strömung, die Wissenschaftler als „Neue Rechte“ bezeichnen. Deren Ideologie nährt sich aus dem konservativen Denken der 1920er-Jahre, grenzt sich aber inhaltlich vom Nationalsozialismus ab. Stein wird als einer ihrer Vordenker genannt, auch wenn er selbst das Etikett „Neue Rechte“ ablehnt und sich stattdessen als konservativ einordnet.

Die Zeitung teilt eine Reihe von AfD-Positionen. Sie nennt den Euro ein „unabschbares Risiko für das gesamte europäische Projekt“, die Empörung über Trump „vereilig und unberechtigt“ und fordert ein „anderes Asylrecht“. Sie räumt Parteiinternale wie auch der Politik von Frauke Petry, Alexander Gauland und Co. erlich Platz ein. Auf ihrer Internetseite bewirbt sie ein Dossier über die Rechtspopulisten. Parteizeitung will das Blatt aber nicht sein.

Dabei ist die „JF“ aus „gescheitertem parteipolitischem Engagement“ entstanden, erzählt Stein in seinem Büro. Als Jugendlicher war er Mitglied der Jungen Union, wechselte 1984 zu den Republikanern. Als sich ein gemäßigter Flügel als Freiheitliche Volkspartei abspaltete, wollte er die Zeitung der Jugendorganisation machen. Die Partei scheiterte, die „Junge Freiheit“ blieb. Ab 1986 verkaufte Stein sie als Schülerzeitung. 1994 wurde daraus eine Wochenzeitung, die heute schwarze Zahlen schreibt. Dazu trägt auch ein Gesellschaftermodell bei, in dem Leser Anteile ab 5000 Euro an der Zeitung kaufen können.

Streis Interesse an einer Politik rechts der CDU/CSU ist geblieben. Dass er trotzdem

„Der Nationalsozialismus ist aus der deutschen Rechten hervorgegangen.“

Volker Weiß, Historiker

den Begriff Neue Rechte ablehnt, darüber hat er sogar ein Buch geschrieben. Zuvor hatte der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen die „JF“ in den 1990er-Jahren auf seine Beobachtungsliste gesetzt. Dadurch fühlte sich die Zeitung in die Nähe von Rechtsextremen gerückt und zog vor Gericht. 2005 gewann das Blatt vor dem Bundesverfassungsgericht. Chefredakteur Stein forderte eine Abgrenzung von Nazi-Traditionen. Zeitgenossen, die das nicht hinkriegten, seien ihm peinlich. „Wenn man über die Vergangenheit spricht, ist letztendlich in Deutschland die Schlüsselfrage die Haltung zum „Dritten Reich“, sagt Stein. Als der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke im Januar in Dresden im Zusammenhang mit dem Berliner Holocaust-Mahnmal von einem „Denkmal der Schande“ sprach, kritisierte Stein das in einem Kommentar. Höckes Auftritt befeuerte „die Debatte, die AfD könnte zu einer rechtsradikalen bis rechtsextremen Formation mutieren“.

Gerade diese Abgrenzung von der Nazi-Ideologie stellt der Historiker Weiß in Frage: „Die Rechte kann sich generell davon nicht abgrenzen, weil der Nationalsozialismus aus der deutschen Rechten hervorgegangen ist.“ Der Bezug auf die deutsche Vergangenheit bleibt heikel, jede Positionierung eine Gravitation. Stein arbeitet an einem seiner Ansicht nach positiveren Deutschlandbild. Als revisionistisch im engeren Sinne sieht er sich nicht. Das seien Leute, die den Holocaust leugnen wollten. Aber, Korrekturen in der Geschichtsschreibung“, etwa zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs oder zum Bombenkrieg in Dresden, seien „natürlich immer Deutungsdebatten“.

Deutsche Identität im Leitbild

Die Neue Rechte in Deutschland ist eine intellektuelle Strömung, die sich auf antiliberalen Autoren der „konservativen Revolution“ aus der Zeit der Weimarer Republik wie Arthur Moeller von den Bruck, Ernst Jünger und Carl Schmitt bezieht, sich aber inhaltlich von der Nazi-Zeit abgrenzt. „Neu“ ist sie im Verhältnis zur alten Rechten des Nationalsozialismus.

Zu ihren Grundideen gehört die Bindung des Einzelnen an eine ethnische Herkunft und Kultur sowie ein hierarchisches Modell der Gesellschaft. Vertreter der Neuen Rechten propagieren oft ein am Nationalstaat orientiertes Weltbild. Sie stehen der Zuwanderung sowie fremden kulturellen Einflüssen skeptisch gegenüber. Zu ihrem Wertesystem gehören traditionelle Geschlechterrollen sowie der Erhalt der klassischen Familie.

Einrichtungen, die mit dem neurechten Milieu in Verbindung gebracht werden, sind etwa das Institut für Staatspolitik, kurz IfS, in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) und die Bibliothek des Konservatismus in Berlin.

Das Reden von und die Entwicklung der Neuen Rechten sind keine allein deutschen Phänomene. Der Begriff leitet sich von der französischen Nouvelle Droite ab, die sich in den 1960er-Jahren um den Publizisten und Philosophen Alain de Benoist (73) bildete.

Historiker: Neue Rechte führt einen Kampf gegen Migration



Volker Weiß

ist ein in Hamburg lebender Historiker und Publizist. Er gilt als Kenner der neurechten Szene. Sein Buch „Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes“ war für den Preis der Leipziger Buchmesse nominiert.

Können Sie erklären, wer oder was die Neue Rechte ist?

Volker Weiß: Die „Neue Rechte“ ist eine politische Strömung am rechten Rand der politischen Landschaft, die sich in den 1970er-Jahren gebildet hat, als die sogenannte alte Rechte, die man gemeinhin mit dem Nationalsozialismus und seinen Restbeständen in der Nachkriegszeit verbindet, am Ende angekommen war. Die Neue Rechte war der Versuch einer auch intellektuellen Wiederbegrunderung rechten Denkens in Deutschland und in Europa. Das ist ein Projekt, das nicht alleine deutsch ist, sondern beispielsweise sehr starke Einflüsse auch aus Frankreich bekommen hat.

Warum ist die Neue Rechte gerade jetzt so präsent?

Die Neue Rechte ist auf den Zug aufgesprungen, der sich im Zuge der Flüchtlingskrise, im Rahmen der Gründung der AfD, im Rah-

men von Pegida und Co. politisch formiert hat.

Geht es nur um die Flüchtlingskrise?

Es geht um wesentlich mehr. Die Neue Rechte bietet ein umfassendes Programm zu einer, wie sie es nennen, „Kulturrevolution von rechts“. Die Flüchtlingskrise oder auch die Einwanderungsthematik ist nun der Punkt, an dem sie ihre Jahrzehntelang gebildeten Thesen und Stichworte in der Gesellschaft unterbringen können. Es geht aber generell um ein Zurück zu den Dingen, die man als eigentlich deutsch empfindet. Und dieses eigentlich Deutsche hat sehr wenig zu tun mit dem, was wir in der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit und vor allem seit den 1960er-Jahren als politische Kultur und als Gesellschaft kennen. Es ist ein dezidiert antiliberaler bis tief auch ins antidemokratische Denken hineinweisender Ansatz.

Sie sagen antideutsch. Worin äußert sich das?

Das sind grundlegend autoritäre Vorstellungen, die dort artikuliert werden. Und wenn man sich dann den theoretischen Kanon anschaut, auf den sich diese Leute beziehen, das sind führende antideutsche, antiliberalen, antimarxistische Denker aus den 1920er-Jahren. Denen ging es um den Kampf gegen die Republik, in dem Fall konkret um den Kampf gegen die Weimarer Republik natürlich. (...) Ziel ist ein autoritär gegl

dertes Staatswesen, das mit den Vorstellungen, die wir heute von Demokratie haben, nichts mehr zu tun hat. Das Stichwort in den 20er-Jahren wäre der Ständestaat.

Ihr Buch zeigt komplexe Vernetzungen innerhalb des rechten Spektrums. Hat die Neue Rechte mehr Einfluss, als man denkt?

Sie ist heute wirkungsmächtiger. Sie hat eine größere Reichweite, eben durch die äußeren Prozesse. (...) Sie ist auf eine Bewegung aufgesprungen und hat versucht, sich da an die Spitze zu stellen. Das ist gelungen, weil sie schon über die Strukturen verfügte.

Sehen wir gerade eine Normalisierung der Neuen Rechten?

Also eine Normalisierung gibt es gesamtgesellschaftlich auf jeden Fall, und das nicht nur in Deutschland. Wir haben im Moment natürlich in Europa einen starken Boom rechtspopulistischer Parteien (...), und sie nehmen in der europäischen Krise auch immer mehr Raum ein. (...) Diese globale „konervative Revolution“, die ist nicht nur auf solche Strömungen beschränkt. Wir können in die USA schauen, wir haben dort eine ähnliche Entwicklung. Und wir können den gesamten sogenannten islamischen Kulturräum anschauen. Der Islamismus ist letztlich deren Fassung davon.

Sie argumentieren, der politische Islam und die Rechte haben einiges gemeinsam. Warum

bekämpfen sie sich dann so?

Bekämpft wird Einwanderung, bekämpft werden Einflüsse, die als fremd empfunden werden, gewissermaßen als kulturfremd, weil im Denken dieser Leute die Erde in klar definierte Räume aufgeteilt ist. Und in diesem Denken hat der Islam in Europa (...) nichts verloren, weil man sagt, hier ist christliches Abendland. (...) Die gesellschaftlichen oder gesellschaftspolitischen Vorstellungen, die sie teilt man eigentlich. Also, wenn wir beispielweise Rollenbilder anschauen, die Vorstellung von Autorität, von Respekt (...). Der Kampf gegen den Islam ist eigentlich ein Kampf gegen Migration und nichts anderes.

Die Fragen stellte Gaby Mahlberg.



Die Neuen Rechten: nicht stiefeltragende Schläger, sondern Intellektuelle.

FOTO: IMAGO